

5 Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

5.1 Zu- und Abwanderung insgesamt

Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens in der Europäischen Union (EU) sowie in der Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein ist zu berücksichtigen, dass bis zum Jahr 2009 die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen erheblich eingeschränkt war. Unterschiedliche Definitionskriterien und damit die uneinheitliche Erfassung des Migrationsgeschehens führten dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil erhebliche Abweichungen ergab.¹⁴¹ Am 14. März 2007 hat das Europäische Parlament dem Vorschlag der Europäischen Kommission für die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz zugestimmt. Am 12. Juni 2007 wurde dieser vom Rat der Europäischen Union¹⁴² angenommen. Ziel dieser Verordnung sind die Verbesserung der Informationen über das Migrationsgeschehen auf europäischer Ebene und eine verbesserte Vergleichbarkeit der jeweiligen Wanderungsstatistiken durch die Verwendung einheitlicher Definitionen und Erfassungskriterien.

In der Verordnung werden die Begriffe Zuwanderung und Abwanderung in Anlehnung an die Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN)¹⁴³ wie folgt definiert:

- Zuwanderung ist die Handlung, durch die eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens 12 Monaten in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verlegt, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat hatte.¹⁴⁴
- Abwanderung ist die Handlung, durch die eine Person, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens 12 Monaten aufgibt.

Diese Definition grenzt sich durch die (beabsichtigte) Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr von der Definition der Zu- und Fortzüge in der amtlichen Wanderungsstatistik in Deutschland ab (vgl. Kapitel 1). Damit sind temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in der Regel nicht erfasst, weshalb die folgenden Zahlen für Deutschland ab dem Jahr 2009 sowohl für die Zu- als auch für die Fortzüge geringer sind als im Kapitel 1 dargestellt. Seit 2009 weisen fast alle EU-Länder die Zu- und Abwanderung nach der Empfehlung der UN aus, daher werden hier nur noch diese Daten dargestellt. Neben den EU-Staaten wird auch das Wanderungsgeschehen der Schweiz und Norwegens als relevante Zuwanderungsländer in Europa mit einbezogen.

¹⁴¹ So waren die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal „Migrant international“ nicht einheitlich. In einigen Staaten wurde beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens 1 Jahr im Zielland vorausgesetzt, sodass temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in den Wanderungsstatistiken dieser Länder nicht erfasst waren. Manche Staaten nahmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland wurden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert. Vgl. dazu Lederer 2004: 80f.

¹⁴² Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz, EU Amtsblatt L 199.

¹⁴³ United Nations 1998: 10.

¹⁴⁴ Hält sich eine Person nach Einreise mindestens 1 Jahr im Zielland auf, spricht man auch von „long-term migrant“, bei einer Aufenthaltsdauer zwischen 3 und 12 Monaten dagegen von „short-term migrant“.

Nachfolgend werden die Zu- und Abwanderungszahlen auf Grundlage von Eurostat-Daten der einzelnen Länder sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass die Daten immer erst mit ca. 2 Jahren Verzögerung vorliegen, demzufolge kann hier nur auf die Zahlen bis einschließlich 2020 eingegangen werden. Für das Vereinigte Königreich liegen seit dem Berichtsjahr 2020 keine Daten mehr vor. Die Darstellung bezieht sich deshalb für das Jahr 2020 – abweichend vom übrigen Migrationsbericht – nur auf die EU-27-Staaten.

Zu- und Abwanderungszahlen

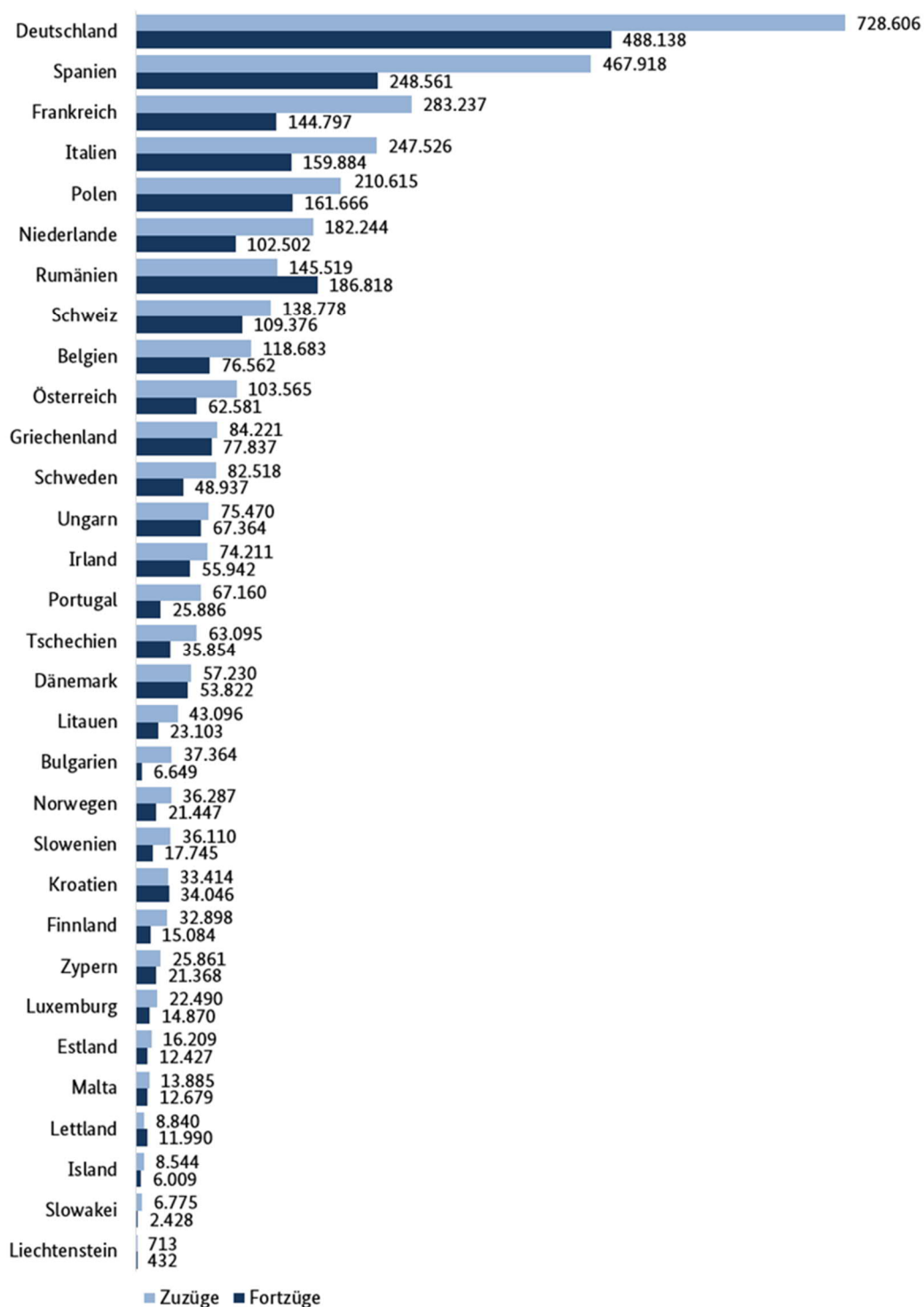
Die pandemiebedingten Einschränkungen im Jahr 2020 schlugen sich auch auf die langfristige Zu- und Abwanderung nieder. So ging für die meisten EU-Mitgliedsstaaten sowohl die Anzahl der Zuzüge als auch die der Fortzüge erheblich zurück. Mit Blick auf die Zuzüge hatte Deutschland unter den 27 EU-Staaten 2020 die höchste längerfristige Zuwanderung nach UN-Definition zu verzeichnen (728.606 Zuzüge). 2019 betrug die Zahl noch 886.341, somit ist die Zuwanderung nach Deutschland zwischen 2019 und 2020 zurückgegangen (-17,8 %). Bei Fortzügen von 488.138 Personen im Jahr 2020 ergab sich für Deutschland ein Wanderungsüberschuss von +240.468 (2019: +310.022).

Das zweitwichtigste Hauptzielland in der EU war im Jahr 2020 Spanien. 2019 betrug die Zahl der Zuzüge 750.480 und sank 2020 auf 467.918 (-37,7 %). Im Jahr 2020 wurden 248.561 Fortzüge aus diesem Land registriert (2019: 296.248). Entsprechend verzeichnete Spanien 2020 einen Wanderungssaldo von +219.357 Personen (2019: +454.232) (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

In Frankreich ist die Zuwanderung von 385.591 Personen im Jahr 2019 auf 283.237 im Jahr 2020 zurückgegangen (-26,5 %). Die Zahl der Fortzüge betrug im Jahr 2020 144.797 Personen (2019: 299.101, -51,6 % gegenüber 2019), sodass 2020 ein Wanderungsüberschuss von +138.440 Personen verzeichnet wurde (2019: +86.490). In Italien ging 2020 die Zuwanderung um -25,6 % gegenüber 2019 (2020: 247.526, 2019: 332.778) zurück, ebenso wie die Fortzüge um -10,9 % (2020: 159.884, 2019: 179.505). Daraus ergab sich in diesem Jahr ein Wanderungsüberschuss von +87.642 Personen (2019: 153.273). Somit war Italien – nach Deutschland, Spanien und Frankreich – das Land mit dem vierthöchsten Wanderungsüberschuss.

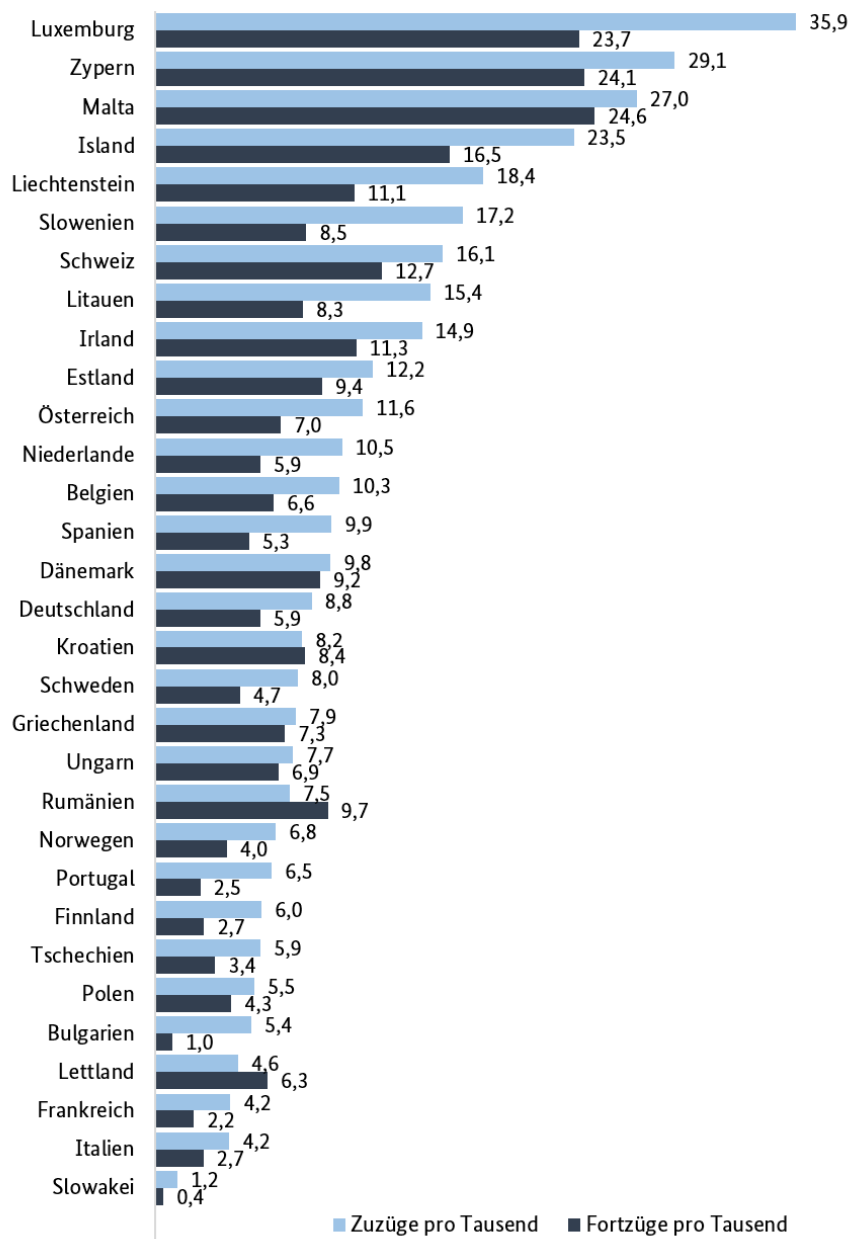
Polen bildet neben Deutschland, Spanien, Frankreich und Italien ebenfalls eines der Hauptzielländer von Migrantinnen und Migranten. 2020 betrug die Zahl der Zuzüge 210.615 (2019: 226.649). Bei gleichzeitig 161.666 Fortzügen (2019: 180.594) verzeichnete Polen einen Wanderungsüberschuss von + 48.949 (2019: 46.055). Weitere wichtige europäische Zielländer im Jahr 2020 waren die Niederlande (182.244 Zuzüge), Rumänien (145.519), die Schweiz (138.778), Belgien (118.683), Österreich (103.565) und Griechenland (84.221). Während für die Staaten Rumänien (Saldo von -41.299), Lettland (-3.150) und Kroatien (-632) mehr Ab- als Zuwanderung registriert wurde, waren die Niederlande (+79.742) und Belgien (+42.121) weitere Länder, die einen deutlich positiven Wanderungssaldo erzielten (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

Abbildung 5-1: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2020 in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr_imm1ctz/migr_emi1ctz, Abfragestand: 15. September 2022)

Abbildung 5-2: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2020 in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern



Quelle: Eurostat (migr_imm1ctz/migr_emi1ctz/demo_pjan, Abfragestand: 15. September 2022)

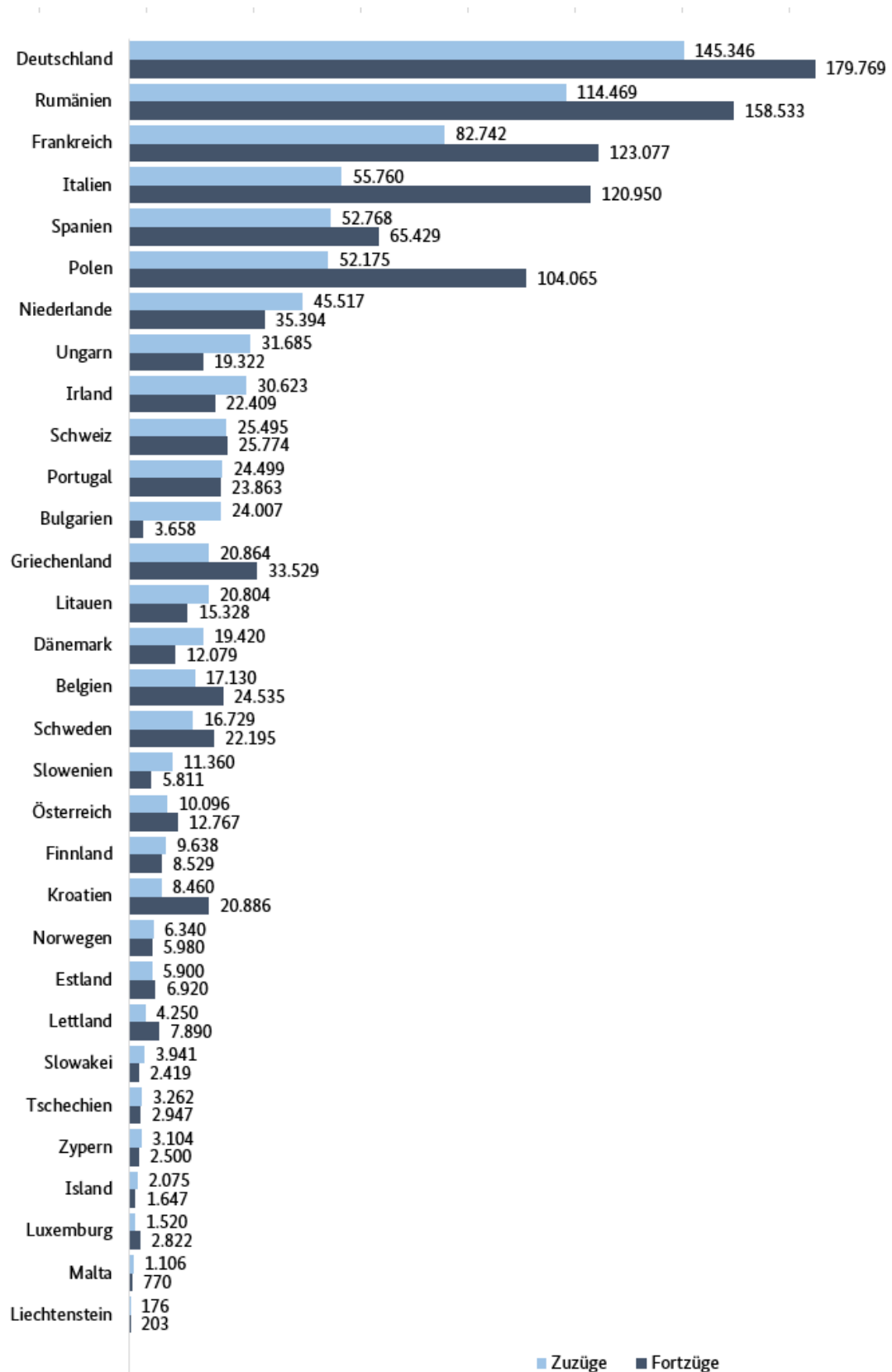
Bei einem Vergleich der Zuwanderungszahlen der einzelnen Staaten im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße zeigt sich für 2020, dass neben Luxemburg auch Zypern, Malta und Island hohe Werte verzeichneten. Deutschland befindet sich hier nur im Mittelfeld. Eine relativ geringe Fortzugszahl wurde für die Slowakei, Bulgarien und Frankreich registriert (vgl. Abbildung 5-2).

Betrachtet man nur die Zu- und Abwanderung von eigenen Staatsangehörigen (inländischen Personen), ist zu erkennen, dass aus Deutschland 2020 mehr deutsche Staatsangehörige auswanderten als zuzogen.

Auch in 15 anderen europäischen Staaten wanderten im Jahr 2020 (zum Teil deutlich) mehr eigene Staatsangehörige ab als zuzogen (vgl. Abbildung 5-3 und Tabelle 5-4 im Anhang). Dagegen kehrten in weiteren 15 Staaten, darunter Bulgarien, Ungarn und die Niederlande, mehr eigene Staatsangehörige zurück als das Land verließen. Setzt man die Zahl der Fortzüge ins Verhältnis zur Zahl der Zuzüge, so wanderten 2020 zweieinhalbmal so viele kroatische Staatsangehörige aus Kroatien ab als dorthin zurückzogen. Bei Staatsangehörigen aus Italien beträgt dieses Verhältnis 2,2:1, bei polnischen Staatsangehörigen 2,0:1, bei deutschen Staatsangehörigen 1,2:1 (vgl. Tabelle 5-4 im Anhang).

Bei der Betrachtung des Anteils der inländischen Personen an der jeweiligen Zu- und Abwanderung zeigt sich zudem, dass es sich bei der Zuwanderung in die süd- und osteuropäischen Staaten vor allem um Rückwanderung eigener Staatsangehöriger handelt. So weist Rumänien 2020 mit 78,7 % den höchsten Anteil von Inländerinnen und Inländern an der Zuwanderung auf, gefolgt von der Bulgarien (64,3 %) und Slowakei (58,2 %). Die geringsten Anteile von inländischen Personen an der jeweiligen Zuwanderung wiesen Tschechien (5,2 %), Luxemburg (6,8 %) sowie Malta (8,0 %) und Österreich (9,7 %) auf. Bei der Abwanderung ist die Struktur ähnlich, jedoch sind die Anteile von inländischen Personen in der Regel höher als bei der Zuwanderung (vgl. Tabelle 5-5 im Anhang).

Abbildung 5-3: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) von inländischen Personen im Jahr 2020 in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr_imm1ctz/migr_emi1ctz, Abfragestand: 15. September 2022)

5.2 Asyl

Asylanträge

Im Jahr 2021 wurden in der EU-27 632.315 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge)¹⁴⁵ aus Nicht-EU-Staaten registriert. Damit ist die Zahl der Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr (2020: 472.395) um 33,9 % gestiegen¹⁴⁶ (vgl. Tabelle 5-6 im Anhang).

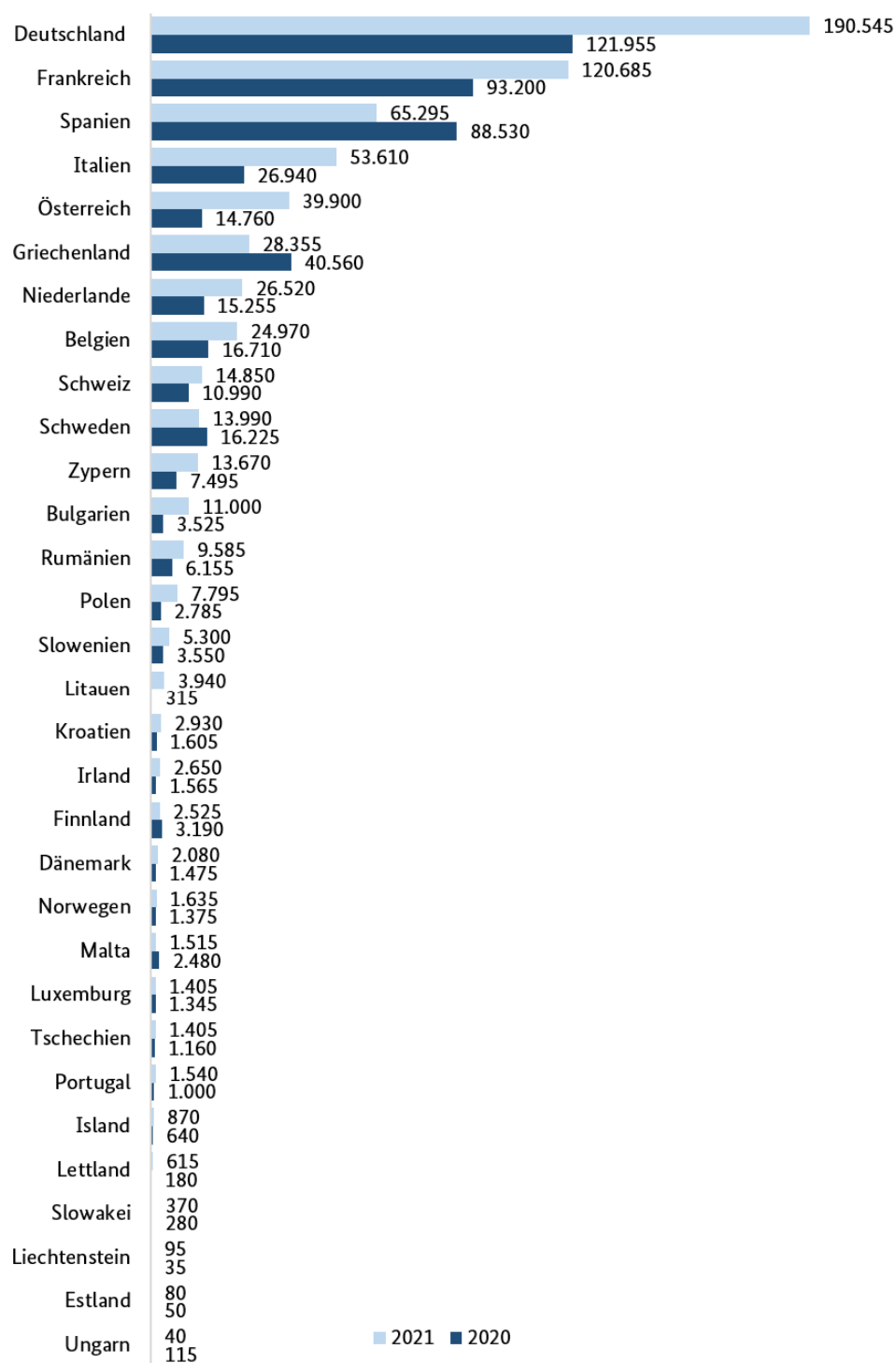
Im EU-Vergleich wurden 2021 die meisten Asylanträge in Deutschland (190.545) und Frankreich (120.685) gestellt (vgl. Abbildung 5-4). Die weiteren Hauptzielländer von Asylantragstellenden waren Spanien (65.295), Italien (53.610) und Österreich (39.900). In absoluten Zahlen wurden 2021 die höchsten Zuwächse im Vergleich zu 2020 in Deutschland (+68.590 bzw. +56,2 %), Frankreich (+27.485 bzw. +29,5 %) und Italien (+26.670 bzw. +99,0 %) verzeichnet. Im Gegensatz dazu ergaben sich in Spanien (-23.235 bzw. -26,2 %) und Griechenland (-12.205 bzw. -30,1 %) die größten absoluten Rückgänge bei den Antragszahlen.

Seit 2013 ist Syrien das Hauptherkunftsland von Asylsuchenden in der EU. Im Jahr 2021 wurden 18,4 % aller Asylanträge in der EU von syrischen Staatsangehörigen gestellt. Von deren 116.110 Erst- und Folgeanträgen wurden 60,4 % in Deutschland entgegengenommen. Die zweitgrößte Gruppe der Asylantragstellenden bildeten afghanische Staatsangehörige mit 15,8 % der gesamten Asylanträge in den EU-Mitgliedstaaten (99.775 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2021). Von den afghanischen Staatsangehörigen stellten 31,7 % ihre Asylanträge in Deutschland (31.665 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2021). Mit 29.915 Asylanträgen (4,7 %) war die irakische Staatsangehörigkeit die dritthäufigste unter den Asylantragstellenden, die in der EU Schutz suchten. Davon stellten 56,3 % einen Asylantrag in Deutschland (16.850 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2021).

¹⁴⁵ Datenquelle der Asylantragszahlen in den EU-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen sind die Zahlen von Eurostat, Grundlage bildet Art. 4 der EU-Statistik-Verordnung Nr. 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz. Die sich bei einem Vergleich der Asylstatistiken von Eurostat und der nationalen Geschäftsstatistik ergebenden Diskrepanzen sind u. a. bedingt durch Unterschiede bei den jeweiligen Statistiksystemen, mögliche Mehrfacherfassungen seitens Eurostat und Rundungen aus Datenschutzgründen.

¹⁴⁶ Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Asylanträgen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 15. September 2022 abgerufen. Der EU-Vergleich zwischen den Jahren 2020 und 2021 bezieht sich auf die EU-27-Ebene.

Abbildung 5-4: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen, 2020 und 2021

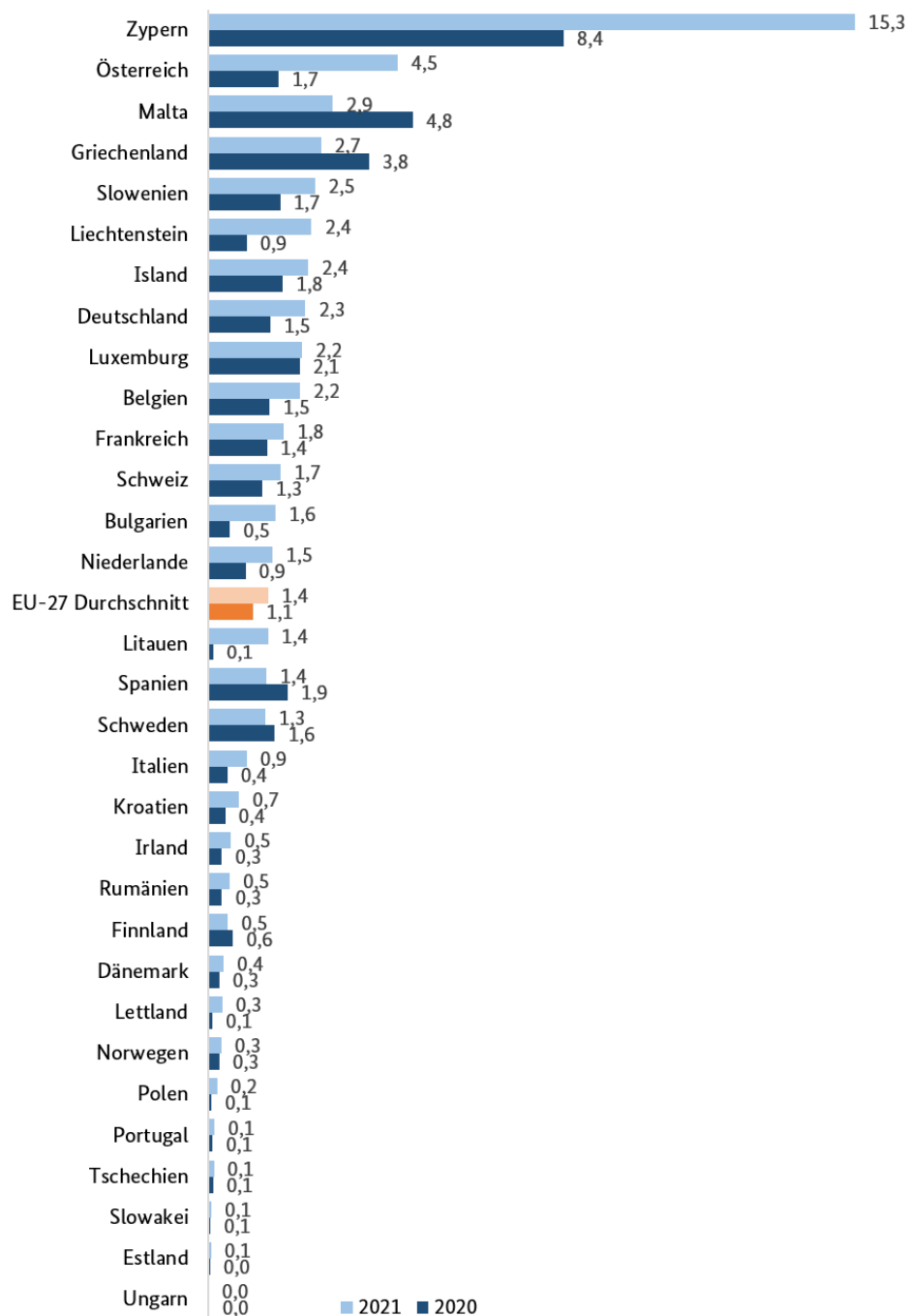


Quelle: Eurostat (migr_asyappctza, Abfragestand: 15. September 2022)

Bezogen auf die Bevölkerung verzeichnete Zypern im Jahr 2021 15,3 Asylantragstellende je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Österreich 4,5 Anträge und Malta 2,9 Anträge (vgl. Abbildung 5-5 und Karte

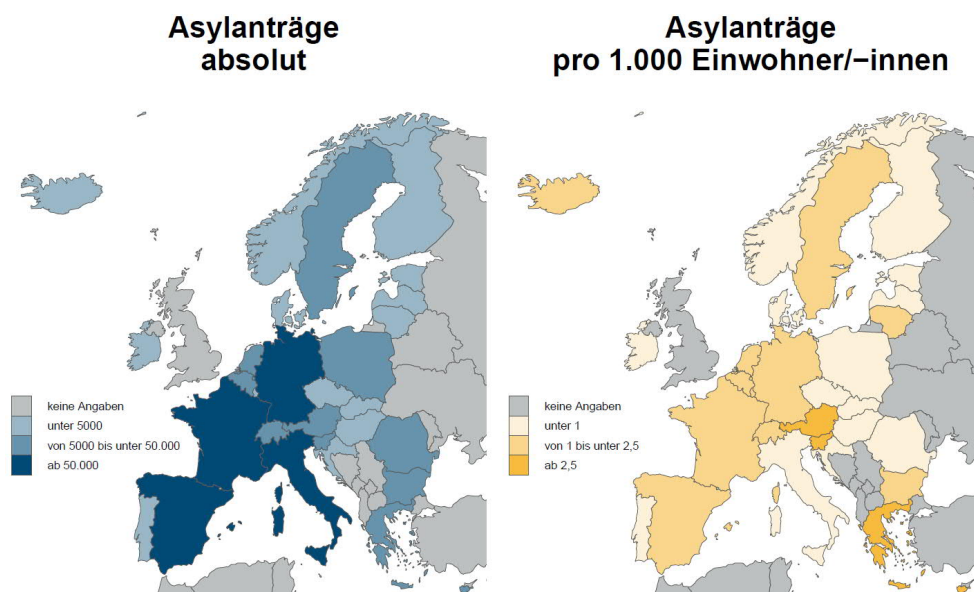
5-1). Deutschland als in absoluten Zahlen zugangsstärkstes Asylantragsland lag mit 2,3 Anträgen ebenfalls über dem Durchschnitt der EU-27 (1,4 Asylanträge je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Abbildung 5-5: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 2020 und 2021



Quelle: Eurostat (migr_asyappctza/demo_pjan, Abfragestand: 15. September 2022)

Karte 5-1: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in europäischen Staaten im Jahr 2021



Quelle: Eurostat, (migr_asyappctza/demo_pjan, Abfragestand: 15. September 2022)

Betrachtet man die Entwicklung der Migration aus humanitären Gründen weltweit, so zeigt sich, dass die Zahl der Asylanträge von 2020 auf 2021 insgesamt um etwa ein Viertel von 1,1 Millionen auf 1,4 Millionen Erst- und Folgeanträge gestiegen ist. Nach Angaben des UNHCR waren im Jahr 2021 die Vereinigten Staaten das Hauptzielland von Asylantragstellenden (188.900 Anträge), vor Deutschland mit rund 148.200 Anträgen.¹⁴⁷ Weitere Hauptzielländer außerhalb der EU waren Mexiko (131.400), Costa Rica (108.400), das Vereinigte Königreich (56.500) und die Demokratische Republik Kongo (45.900). Afghanistan bildete mit 125.600 Asylanträgen im Jahr 2021 das bedeutendste Herkunftsland von Antragstellenden weltweit, gefolgt von Nicaragua (111.600 Anträge), Syrien (110.000), Venezuela (92.400) und Haiti (67.000).¹⁴⁸

Asylentscheidungen

Im Jahr 2021 wurden in der EU-27 524.410 Asylverfahren von Nicht-EU-Staatsangehörigen in erster Instanz entschieden, das waren 0,7 % mehr als im Jahr 2020 (521.000 Entscheidungen).¹⁴⁹ Insgesamt wurde 112.660 Menschen Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt (21,5 % aller Entscheidungen). 61.385 Personen erhielten subsidiären Schutz (11,7 %) und 27.990 Personen humanitären Schutz (5,3 %) (vgl. Tabelle 5-1). Die meisten Entscheidungen entfielen dabei auf Frankreich (137.015), Deutschland (132.680)¹⁵⁰, Spanien (70.985), Italien (43.550) und Griechenland (37.285).

¹⁴⁷ Vgl. UNHCR 2021: 30. Die Eurostat-Daten greifen auf Erst- und Folgeanträge zurück, während die UNHCR-Daten auf Asylerstanträgen basieren, vgl. auch Kapitel 3.4.

¹⁴⁸ Vgl. UNHCR 2021: 31f.

¹⁴⁹ Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Entscheidungen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 16. September 2022 abgerufen. Der EU-Vergleich zwischen den Jahren 2020 und 2021 bezieht sich auf die EU-27-Ebene.

¹⁵⁰ Die Daten von Eurostat sind nicht mit der nationalen deutschen Asylstatistik identisch. So werden etwa Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt (vgl. dazu BAMF 2022: 33).

Hinsichtlich der Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (mit Gesamtentscheidungszahlen ab 5.000 Entscheidungen pro Jahr) standen im Jahr 2021 unter den EU-Staaten mit hohen Anerkennungszahlen Österreich (50,6 %) und die Niederlande (47,4 %) prozentual an der Spitze. Deutschland lag im Mittelfeld (24,2 %). Niedrige Anerkennungszahlen gab es unter anderem in Spanien (7,5 %).

Bei der Gewährung europarechtlichen subsidiären Schutzes gemäß Artikel 15 der Qualifikationsrichtlinie zeigt sich, dass von den Hauptzielländern von Asylsuchenden im Jahr 2021 die Niederlande (17,4 %) überproportional hohe Anerkennungsquoten aufwiesen, während unter anderem Spanien (2,9 %) und Belgien (4,2 %) unter dem EU-Durchschnitt von 11,7 % lagen, Deutschland lag mit 17,3 % darüber.

Die Gewährung von sonstigem humanitärem Schutz nach nationalem Recht erfolgte EU-weit dagegen relativ selten. Eine Ausnahme unter den Hauptzielländern bildeten Spanien und Italien, die mit den höchsten Anteilen an Gewährungen von 18,4 % bzw. 16,3 % weit über dem EU-Durchschnitt von 5,3 % lagen, Deutschland hingegen mit 3,6 % deutlich darunter. Die unterschiedlichen Anerkennungsquoten bei den verschiedenen Schutzformen sind auf die nationalen Gesetze bzw. die jeweilige Entscheidungspraxis des betreffenden Landes, vor allem aber auf die jeweilige herkunftsländerspezifische Zusammensetzung der Asylantragstellenden zurückzuführen.

Tabelle 5-1: Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen im Jahr 2021

Staaten	Entscheidungen insgesamt	Gewährung von Flüchtlings-schutz nach GFK	Quote in %	Gewährung von subsidiärem Schutz	Quote in %	Gewährung von humanitärem Schutz	Quote in %
Belgien	21.030	8.280	39,4%	885	4,2%	-	-
Bulgarien	3.270	145	4,4%	1.870	57,2%	-	-
Dänemark	1.525	360	23,6%	260	17,0%	160	10,5%
Deutschland	132.680	32.065	24,2%	22.995	17,3%	4.785	3,6%
Estland	75	45	60,0%	0	0,0%	0	0,0%
Finnland	2.300	855	37,2%	80	3,5%	130	5,7%
Frankreich	137.015	21.340	15,6%	12.535	9,1%	-	-
Griechenland	37.285	13.035	35,0%	3.535	9,5%	0	0,0%
Irland	1.545	800	51,8%	70	4,5%	590	38,2%
Italien	43.550	7.380	16,9%	7.350	16,9%	7.080	16,3%
Kroatien	435	70	16,1%	0	0,0%	0	0,0%
Lettland	200	65	32,5%	25	12,5%	-	-
Litauen	3.275	405	12,4%	10	0,3%	0	0,0%
Luxemburg	1.170	725	62,0%	135	11,5%	-	-
Malta	810	20	2,5%	155	19,1%	5	0,6%
Niederlande	16.505	7.825	47,4%	2.865	17,4%	1.375	8,3%
Österreich	18.760	9.500	50,6%	2.145	11,4%	460	2,5%
Polen	3.610	1.020	28,3%	1.135	31,4%	0	0,0%
Portugal	505	225	44,6%	80	15,8%	-	-
Rumänien	4.100	515	12,6%	625	15,2%	0	0,0%
Schweden	10.215	2.075	20,3%	520	5,1%	355	3,5%
Slowakei	130	15	11,5%	15	11,5%	15	11,5%
Slowenien	175	15	8,6%	0	0,0%	-	-
Spanien	70.985	5.355	7,5%	2.025	2,9%	13.030	18,4%
Tschechien	935	190	20,3%	70	7,5%	5	0,5%
Ungarn	60	20	33,3%	15	25,0%	0	0,0%
Zypern	12.270	310	2,5%	1.985	16,2%	0	0,0%
EU-27 Insgesamt	524.410	112.660	21,5%	61.385	11,7%	27.990	5,3%
Island	555	50	9,0%	200	36,0%	5	0,9%
Liechtenstein	15	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Norwegen	1.315	925	70,3%	135	10,3%	40	3,0%
Schweiz	9.910	5.240	52,9%	740	7,5%	3.035	30,6%

Anmerkung: Der Eintrag „-“ bedeutet, dass die Daten nicht verfügbar sind. Abweichungen in den Gesamtzahlen sind durch die von Eurostat angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Eurostat (migr_asydcfsta, Abfragestand 16. September 2022)